

Zusätzliche Vertragsbedingungen der EVS (ZVB-EVS)

- verbindlich für alle Bauvorhaben der EVS GmbH -

1 Festlegungen mit Bezug zur VOB

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B in der aktuell gültigen Fassung), soweit keine anderen Gesetze/Regelwerke ausdrücklich benannt sind.

1.1 Preisermittlungen (§ 2)

Der Auftragnehmer hat eine Urkalkulation spätestens 5 Werktage nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Bei der Vereinbarung einer neuen Vergütung bei der Anordnung geänderter oder zusätzlicher Leistungen hat der Auftraggeber das Recht, in die beim Auftraggeber verschlossen hinterlegte Urkalkulation Einsicht zu nehmen. Er wird die Einsichtnahme dem Auftragnehmer rechtzeitig ankündigen, damit er an dem Eröffnungstermin teilnehmen kann.

1.2 Werbung (§ 4 Abs. 1)

- 1.2.1 Werbung, die Aufstellung von Baustellenschildern etc. ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers seitens des Auftragnehmers oder seiner Nachunternehmer und Lieferanten nicht zulässig.
- 1.2.2 Veröffentlichungen gleich welcher Art über die Leistungen des Auftragnehmers oder seiner Nachunternehmer oder sonstiger Dritter, die in Verbindung mit dem Auftragnehmer oder seinen Nachunternehmern stehen, sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

1.3 Ausführung der Leistungen, Sicherheitsvorkehrungen und Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und 3)

- 1.3.1 Der AN hat ohne besondere Aufforderung Ordnung auf der Baustelle zu halten und ständig, mindestens aber einmal wöchentlich, den durch seine Leistungen entstandenen Schutt und Schmutz zu beseitigen. Nach Beendigung der Vertragsleistungen sind sowohl die Lager- und Arbeitsplätze als auch die Baustelle selbst zu räumen und in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- 1.3.2 Auf den durch den Baustellenverkehr in Anspruch genommenen öffentlichen und privaten Straßen einschl. Gehwegen sind jegliche Beschädigungen oder Verschmutzungen zu vermeiden bzw. unverzüglich zu beseitigen, damit keine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit entsteht.
- 1.3.3 Alle Auflagen von Behörden und behördenähnlichen Institutionen sind vom AN zu befolgen. § 2 Abs. 5 und Abs. 6 VOB/B bleiben unberührt. Soweit für die Leistungen des AN besondere behördliche Genehmigungen, Zulassungen oder Abnahmen erforderlich sind, müssen diese von ihm rechtzeitig beschafft bzw. veranlasst werden. Schriftliche Unterlagen bzw. Abnahmeprotokolle sind unaufgefordert dem AG rechtzeitig in ausreichender Anzahl einzureichen.

- 1.3.4 Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 1.3.5 Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.

1.4 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Abs. 4)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

1.5 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

1.6 Sicherheitsleistung (§ 17)

1.6.1 Stellung der Sicherheit für die Vertragserfüllung

Der Auftragnehmer hat eine Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen in Höhe von 10 % der Bruttoauftragssumme zu leisten. Die Sicherheit schließt auch Auftragserweiterungen/-änderungen mit ein.

1.6.2 Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche

Für die Mängelansprüche hat der Auftragnehmer eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Gesamtbruttovergütung zu stellen.

1.6.3 Formblätter

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.

2 Festlegungen aus Bundes- und Landesgesetzen

2.1 Arbeitnehmerüberlassung

- 2.1.1 Der AN verpflichtet sich zur Beachtung aller geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen die das Verbot der illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften regeln. Dazu gehören insbesondere die Beschäftigung von Ausländern ohne Arbeitserlaubnis, die Zuwi-

derhandlungen gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, AEntG, die unberechtigte Gewerbeausübung, usw.

- 2.1.2 Der AN erklärt ausdrücklich bei der Ausführung der vereinbarten Leistung für den AG illegale Arbeitskräfte nicht zu beschäftigen.
- 2.1.3 Im Fall der Zuwiderhandlung hat der AN dem AG den sich hieraus ergebenden Schaden zu ersetzen. Bei schuldhaften (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) Zuwiderhandlungen steht dem AG das Kündigungsrecht aus § 8 Abs. 3 zu. Bezüglich der Verpflichtungen aus AEntG wird auf die Ergänzungsvereinbarungen beim Einsatz deutscher Nachunternehmer und die Ergänzungsvereinbarungen beim Einsatz ausländischer Nachunternehmer zu diesem Vertrag hingewiesen.
- 2.1.4 Zur Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen ist der AG berechtigt, während der Abwicklung der vereinbarten Leistungen auf der Baustelle die Arbeitnehmer des AN hinsichtlich der ordnungsgemäßen Beschäftigung zu überprüfen. Der AN weist deshalb seine Arbeitnehmer auf eine entsprechende Auskunftspflicht gegenüber Beauftragten des AG hin.
- 2.1.5 Der AN hat sicherzustellen, dass er und ggf. von ihm beauftragte Nachunternehmer auf der Baustelle, die Gegenstand dieses Vertrages ist, ausschließlich Mitarbeiter aus Ländern der europäischen Union einsetzt oder nur solche Mitarbeiter aus Drittländern, die im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis sind.
- 2.1.6 Die Arbeitserlaubnisse sind dem AG auf Verlangen vorzulegen.
- 2.1.7 Liegt keine gültige Arbeitserlaubnis vor oder erlischt eine bestehende Arbeitserlaubnis, etwa infolge Befristung, so sind die betroffenen Arbeitskräfte unverzüglich von der Baustelle zu entfernen und durch andere Arbeitskräfte des AN zu ersetzen.
- 2.1.8 Der AG kann darüber hinaus verlangen, dass Arbeitskräfte des AN, die fachlich oder persönlich ungeeignet sind, von der Baustelle entfernt und/oder durch andere ersetzt werden.

2.2 Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK)

Der AN verpflichtet sich, gemäß dem Tarifvertrag über das Sozialkassenverfahren im Bauwesen (VTV) in Verbindung mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, für die beim o. g. Bauvorhaben eingesetzten gewerblichen Arbeitnehmer zur Aufbringung der Mittel für die tarifvertraglich festgelegten Leistungen an Urlaub 14,45 % der Bruttolohnsumme an die Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft (ULAK) abzuführen. Dies gilt auch für außerhalb Deutschlands ansässige Arbeitgeber und ihre in Deutschland beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.

Der AN weist dem AG monatlich schriftlich die Abführung der Urlaubskassenbeiträge nach.

Bei vorsätzlich oder fahrlässiger Nichterfüllung dieser Verpflichtungen, ist der AN dem AG gegenüber zum Ersatz des hieraus entstehenden Schadens verpflichtet. Schuldhafte Verstöße gegen diese Verpflichtungen berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Bauvertrages.

Sollte der Auftraggeber von Arbeitnehmern des Auftragnehmers oder einer gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien (z. B. ULAK) gemäß § 1a AEntG in Anspruch ge-

nommen werden, verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen freizustellen.

2.3 Steuerabzug bei Bauleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorzulegende Freistellungsbescheinigung (§ 48 b EstG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.